

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
Sehr geehrte Damen und Herren,



eine solche Entscheidung und eine solche Rede will man im Grunde gar nicht treffen, bzw. halten. Doch wir müssen REDEN, damit verständlich wird, warum die Anhebung der Hebesätze heute hier im Parlament diskutiert werden muss.



Anja Weber

„Für das laufende Jahr rechnen die kommunalen Spitzenverbände mit einem Defizit von 6,4 Milliarden Euro und für das kommende Jahr 2024 von fast 10 Milliarden Euro“. Das geht

aus der aktuellen Prognose des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes für die Kommunal Finanzen bis zum Jahr 2026 hervor. In den Folgejahren werde die Situation noch ernster.

Die vorliegende Prognose der kommunalen Spitzenverbände geht von einem Einbruch des kommunalen Finanzierungssaldos um mehr als 8 Milliarden Euro aus. Während im vergangenen Jahr noch ein leichter Überschuss erzielt wurde, wird für das Jahr 2023 ein Defizit von 6,4 Milliarden Euro erwartet. In den kommenden Jahren werden Defizite zwischen 8,2 und 9,6 Milliarden Euro erwartet.“ (Quelle Haufe)

Grundsätzlich reden wir hier heute nicht von einer Erhöhung der Hebesätze weil wir ein Objekt in der Innenstadt erworben haben, **SONDERN:** Wir müssen über die Anhebung der Hebesätze sprechen, da trotz gestiegener Kosten in den Kommunalen Haushalten, in den letzten 7 Jahren keine Erhöhung der Gewerbesteuer in Gudensberg vorgenommen wurde. Und auch die Grundsteuer A+B im Vergleich der Kommunen durchaus niedrig angesiedelt ist. Dennoch tun wir uns als Freie

Wählergemeinschaft schwer mit dieser Entscheidung, da uns bewusst ist, dass die Privaten Haushalte, wie auch die Gewerbetreibenden genau wie der städtische Haushalt ebenfalls von weiteren Kostensteigerungen betroffen sind. Für uns ist klar, man kann einen Hebesatz nur berichtigen, wenn man auf der anderen Seite auch deutliche Einsparungen vornimmt. Das haben wir bei den diesjährigen Verhandlungen zum Investitionsprogramm sehr deutlich gemacht.

Herr Erler wird das in seinem Redebeitrag unter dem nächsten Tagesordnungspunkt deutlich ausführen. Wir hatten eine moderatere Erhöhung vorgeschlagen, die eine weitere geringe Erhöhung für das nächste Geschäftsjahr vorgesehen hätte. Diese stufenweise Erhöhung hätte man auf einen niedrigeren Hebesatz korrigieren können, wenn sie nicht gebraucht würde. Für diesen Vorschlag konnten wir keine Mehrheit erzielen. Da eine Deckelung der laufenden Haushaltskosten für uns nach Generationenprinzip zu zahlen ist, haben wir nun dem mehrheitsfähigen Vorschlag bei den Verhandlungen im Haupt- und Finanzausschuss zugestimmt, jedoch unter Berücksichtigung der von uns eingebrachten Optimierungs- und Einsparpotentiale.